ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wie fangen wir die Preise wieder ein? Wirtschaftspolitische Exponenten beantworten diese Frage

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Wie fangen wir die Preise wieder ein? Wirtschaftspolitische Exponenten beantworten diese Frage, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 11, pp. 609-617

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132176

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

Wie fangen wir die Preise wieder ein?

Wirtschaftspolitische Exponenten beantworten diese Frage

Eine Lanze für „unorthodoxe" Konjunkturpolitik

Wir erleben heute den Versuch, Konjunkturpolitik mit psychologischen Mitteln zu treiben. Das hat unter einigen Leuten Kopfschütteln hervorgerufen; bei den einen, weil sie meinen, so etwas sei nicht marktwirtschaftlich, und bei den andern, weil sie meinen, damit käme man nicht an die tatsächlichen Ursachen der gegenwärtigen konjunkturellen Situation heran, diese aber gelte es zu beeinflussen.

Das ist beides wohl ein wenig zu abstrakt gedacht. Im Marktprozeß spielen die Beschlüsse von kollektiven Marktparteien keineswegs nur eine Statistenrolle, wenn sie auch regelmäßig „mit dem Markt" und nicht gegen ihn getroffen werden. Sollte es in einer Marktwirtschaft nicht zulässig sein, diesen Kollektivorganisationen gelegentlich klar zu machen, welche Konsequenzen dieses oder jenes Verhalten haben wird? Und sollte nicht die psychologisch gesetzte Hemmung, eine Marktposition völlig auszunützen, auch das güterwirtschaftliche Geschehen beeinflussen, z. B. über die Bestellungen, die beabsichtigte Vorratshaltung oder andere Größen?

Mäßigung als Grundsatz

Was den Bundeswirtschaftsminister veranlaßt, seine — wie er es nennt — „Seelenmassage" zu betreiben, ist weniger eine bereits vorhandene Übersteigerung der konjunkturellen Entwicklung als vielmehr seine Befürchtung, die Marktparteien könnten sich durch die konjunkturelle Situation dazu verleiten lassen, möglichst viel für sich aus ihr „herauszuholen"; dann aber würde die in jeder Hinsicht so erfreulich starke wirtschaftliche Expansion in eine Preishausse auswuchern. Um das zu vermeiden, richtet er seinen Appell zur Mäßigung an alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten. Für die einen heißt das: keine Preiserhöhungen vorzunehmen und die Preise dort zu senken, wo es die dank der Mengenkonjunktur erzielte Kostendegression gestattet; für die andern heißt das: in den Lohnforderungen auf das Gebot der Preisstabilität Rücksicht zu nehmen; und für die öffentliche Hand heißt das: Aufträge an überbeanspruchte Wirtschaftszweige aufzuschieben.

Es wäre sicher unrealistisch, zu glauben, daß in einer Angebots-Nachfrage-Situation wie der gegenwärtigen eine allgemeine Preissenkung möglich wäre. Die Preise werden in der überwiegenden Zahl der Fälle ja wohl nicht „gemacht", sondern sind das Ergebnis eines anonymen Marktprozesses; sie sind nicht durch Beschlüsse zu verändern. Aber es ist etwas anderes, ob auf solchen Wettbewerbsmärkten unter den Anbietern eine allgemeine Stimmung besteht, daß höhere Preise von den Abnehmern hingenommen werden, oder ob einer solchen verführerischen Stimmung die psychologische Hemmung des Ungesunden oder gar des Verantwortungslosen entgegengestellt wird. Was nun jene Preise anbelangt, die mehr durch Einzel- oder Kollektivbeschluß gemacht werden — es sei beispielsweise an die Stromtarife, den Milchpreis oder an das kürzliche Angebot der eisenschaffenden Industrie gedacht —, so würden wohl in vielen Fällen Preissenkungen möglich sein oder angeblich längst fällige Preiserhöhungen unterbleiben können.

Ist „Gemeingeist" noch lebendig?

Die entscheidende Frage für das Gelingen dieses neuartigen Versuchs unorthodoxer Konjunkturpolitik liegt darin, ob sich eine ausreichend breite Gemeinsamkeit der Ideen und Absichten sowohl bei den staatlichen und anderen öffentlichen Stellen als auch bei den kollektiven Marktparteien und den wirtschaftlichen Individuen entwickelt. Wenn jeder für eine wirtschaftliche Handlung Verantwortliche glaubt, die andern würden es schon richtig machen und er könnte ruhig sein Schäfchen ins Trockene bringen, so wird man für den Erfolg skeptisch sein müssen. Ohne den vielberufenen Gemeingeist wird es nicht gehen; hoffen wir nur, daß wir ihn aufbringen.

Aber reicht diese psychologische Konjunkturpolitik bis an die materiellen Ursachen unseres so kräftigen konjunkturellen Aufschwungs und seiner Gefahren zur Übersteigerung heran? Auch bei dieser Frage sollte man sich etwas von alten Vorstellungen freimachen. Es geht ja nicht darum, die Konjunktur zu bremsen, sie auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen, sondern es geht im Gegenteil darum, die expansiven Kräfte auf lange Sicht zu erhalten. Der unbeeinflußte Versuch jeder Marktpartei, aus der Situation das Beste für sich herauszuholen, würde nichts anderes als eine erneut intensivierte Nachfrage nach den in-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch" veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziösen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

zwischen voll beschäftigten Arbeitskräften und voll ausgelasteten Kapazitäten bedeuten. Nach früheren Erfahrungen wird aber über die dadurch eintretende Preishausse jene ungleichgewichtige Entwicklung in der Verwendung der produktiven Kräfte hervorgerufen, die dem Rückschlag vorausgeht. Der eigentliche Erfolg der psychologischen Konjunkturpolitik läge deshalb in der Tatsache, daß sie die Gefahr einer übermäßigen und ungleichgewichtigen Beanspruchung der produktiven Kräfte zu beseitigen wußte.

Lohnstop ist kein geeignetes Instrument!

Darum kann auch ein Lohnstop nicht als geeignetes Instrument der Konjunkturpolitik angesehen werden, denn er würde die Tendenz zum Ungleichgewicht zwischen Investition und Verbrauch eher fördern. Dem steht nicht entgegen, daß die Forderung nach Maßhalten auch für die Tarifpartner gilt, in einer konjunkturellen Situation, in der der Produktivitätszuwachs wenigstens zum Teil durch die Erhöhung der Investitionsquote des Sozialprodukts in Anspruch genommen wird. Aber mit der Reduzierung dieser Quote und weniger des Investitionsvolumens, also in einer neuen Konstellation der konjunkturellen Kräfte, werden Lohnerhöhungen möglich und vielleicht erforderlich sein, die jetzt wenigstens zum Teil zurückzustellen den Gewerkschaften nahegelegt wird. (G)

„Die Unternehmer sind guten Willens"

Nach der „alten" konjunkturtheoretischen Schule sind mit einem Aufschwung untrennbar Preissteigerungen verbunden, und die Preise erschienen lange Zeit als das nahezu zuverlässigste Konjunktursymptom. Es ist noch nicht lange her, daß auch Bundeswirtschaftsminister Erhard erklärte: „Das ist ja gerade das Geheimnis der Marktwirtschaft . . ., daß sich in ihr sozusagen täglich und stündlich die Anpassungsprozesse vollziehen, die Angebot und Nachfrage, Sozialprodukt und Volkseinkommen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Beziehung zu richtiger Entsprechung und zum Ausgleich bringen". Das war damals als Argument gegen Kartelle gedacht, von denen ja bekannt ist, daß ihre allgemeine Preispolitik in der Regel auf die Verminderung übermäßiger Preisschwankungen nach unten und nach oben gerichtet ist.

Indes werden nur Pedanten Erhard einen Vorwurf daraus machen, daß er seine Wirtschaftspolitik nicht starr an die Konjunkturtheorie anlehnt, sondern versucht, eine Preisentwicklung, die über kurz oder lang zu einem konjunkturellen Rückschlag führen muß, rechtzeitig aufzufangen. Da ihm in der Marktwirtschaft nur „marktgerechte" Mittel zur Verfügung stehen, ist das gewiß nicht leicht, aber des guten Willens der Unternehmer kann der Minister bei seinem Vorhaben sicher sein.

Relativität des Produktivitätsbegriffs

Nun ist freilich der Preis keine Größe, die frei im Raume schwebt und beliebig manipuliert werden kann. Er ist nicht nur das Ergebnis von Angebot und Nachfrage, sondern ist auch abhängig von den Kosten. Präsident Berg hat in seiner Hamburger Rede eindringlich davor gewarnt, bei der Masse der mittleren und kleineren Industriebetriebe in der Kalkulation noch Reserven für eine Preissenkung oder auch nur für das Auffangen von Kostensteigerungen zu vermuten. Wer die Verhältnisse näher kennt, wird ihm recht geben müssen.

Wie die Dinge gegenwärtig liegen, kann die Möglichkeit zu Preissenkungen in aller Regel nur durch das Herabdrücken von Kosten gewonnen werden. Dafür steht zweifellos der Produktivitätsfortschritt zur Verfügung, der insbesondere in der Industrie laufend erzielt wird. Aber so einfach, wie man sich in der Öffentlichkeit diese Zusammenhänge vorstellt, sind sie nicht. „Produktivität" ist das Verhältnis des Produktionsergebnisses zu den eingesetzten Produktionsmitteln, also zur eingesetzten menschlichen Arbeit, zu den verwendeten Roh- und Brennstoffen, zur eingesetzten Maschinenleistung usw. Das von unserer amtlichen Statistik nach (auch dort inzwischen als unrichtig erkanntem) amerikanischem Vorgang als „Produktivität" bezeichnete Produktionsergebnis je Arbeiterstunde ist nur eine von den möglichen Arten der Produktivität. Wenn wir z. B. sehen, daß in den Monaten Januar bis August 1955 die Industrieproduktion mengenmäßig um 90 %, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aber nur um 37 % höher war als in den entsprechenden Monaten von 1950, so ergibt das rechnerisch eine Erhöhung des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde um 38 %. Da aber in der gleichen Zeit der Verbrauch elektrischer Energie um 83 % zugenommen hat, ist klar, daß diese Steigerung des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie auf erhöhter Leistung des einzelnen Arbeiters, sondern auf der Verwendung von mehr, stärkeren, besseren Maschinen beruht; denn wo mehr Strom verbraucht wird, müssen mehr Elektromotoren vorhanden sein, die mit diesem Strom betrieben werden. Das aber bedeutet, daß die Produktionssteigerung nur möglich war mit Hilfe von Investitionen, die verzinst und amortisiert werden müssen, also Kosten verursachen, und diese Kosten müssen zunächst einmal aus dem höheren Produktionsergebnis gedeckt werden, ehe irgend jemand daran beteiligt werden kann, sei es der Arbeiter, der zufällig an diesen Motoren steht, in Form von Lohnerhöhungen, sei es der Verbraucher in Form von Preissenkungen.

Nutzbarmachung des Produktivitätsgewinns

Die Differenz zwischen dem Erlös für die erhöhte Produktion und den dabei entstandenen Mehrkosten — nennen wir sie der Einfachheit halber den „Produktivitätsgewinn" — steht also für eine Preissenkung zur Verfügung, wenn sie nicht unter dem Druck der Gewerkschaften für Lohnerhöhungen beansprucht wird. Hier entsteht also die Frage, ob man diesen Produktivitätsgewinn als Lohnsteige-

rung einer einzelnen sozialen Schicht oder als Preissenkung der Allgemeinheit zugutekommen lassen soll.

Eine Lösung im Sinne der Nutzbarmachung des Produktivitätsgewinns für die Allgemeinheit ist kürzlich auf einem Teilgebiet von der eisenschaffenden Industrie in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen und von der zuständigen Industriegewerkschaft schroff abgelehnt worden. Ein Verfahren, wie es hier von der Industrie vorgeschlagen worden ist, hat mit einem Lohnstop, dem immer der Geruch von Planwirtschaft und autoritärer Wirtschaftspolitik anhaftet, nichts zu tun. Es besteht lediglich darin, daß die Gewerkschaften für eine bestimmte Zeit freiwillig auf Lohnforderungen verzichten und die industriellen Unternehmer sich für die gleiche Zeit freiwillig zu gleichwertigen Preissenkungen verpflichten. Natürlich bedeutet das ein Opfer von beiden Seiten, denn keiner der beiden Sozialpartner wird während dieser Zeit den ihm zukommenden Teil des Produktivitätsgewinns in Anspruch nehmen; das wäre ein Sieg des Allgemeininteresses über den Gruppenegoismus.

Es soll nicht verkannt werden, daß der Vorschlag auf den ersten Blick das größere Opfer vom Arbeiter zu fordern scheint. Im Arbeiterhaushalt wird unmittelbar kein, mittelbar nur sehr wenig Walzstahl verbraucht. Aber auch in den Industriezweigen, die unmittelbar für den Verbrauch produzieren, liegen die Dinge nicht anders; kein Brauereiarbeiter kann z. B. so viel Bier trinken, daß eine Senkung des Bierpreises in seinem Familienbudget dem Gewinn aus einer Lohnerhöhung gleichkäme. Erst wenn man das System von Preissenkungen anstelle von Lohnerhöhungen auf die gesamte Wirtschaft, Produktion und Verteilung, ausdehnt — und nur dann ist es sinnvoll —, führt es auch für die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit zu fühlbaren Ersparnissen, zu einer echten Kaufkraftsteigerung.

Steuerermäßigung im Dienst der Preissenkung

Der Übergang von der bisherigen Politik der schrittweisen Lohnerhöhung zu einer Politik von Preissenkungen könnte den Sozialpartnern durch Steuerermäßigungen erleichtert werden, weil bis zum Einspielen des neuen Systems auf der ganzen Linie eine echte Kaufkraftsteigerung durch Verringerung des Anteils der öffentlichen Hand am Einkommen gewährt würde. Daß die Gebietskörperschaften angesichts der trotz der vorjährigen Steuersenkung sprunghaft gestiegenen Steuereinnahmen dazu in der Lage wären, wagen wohl selbst die Finanzminister nicht mehr ernsthaft zu bestreiten. Sie ziehen sich jetzt hinter das Argument zurück, daß Steuersenkungen zu einer weiteren „Überhitzung" der Konjunktur führen würden, weil sie Verbrauch und Investitionen fördern. Aber was tut denn die öffentliche Hand mit den erhöhten Steuereinnahmen? Sie verwendet sie doch genau so zu Ausgaben, die auf die konjunkturelle Entwicklung von Einfluß sind, und zwar in der Regel auf dem Gebiet, auf dem tatsächlich bereits eine gewisse Übersteigerung der Konjunktur mit der bisher größten Preiserhöhung eingetreten ist: auf dem Baumarkt. Die Fragestellung müßte also lauten: ist das Geld besser aufgehoben bei der öffentlichen Hand, die damit dem ohnehin überlasteten Baumarkt zusätzliche Aufträge erteilt, oder bei den Steuerzahlern, in deren Hand es bei vernünftiger Verständigung zwischen den Sozialpartnern zu einer Preissenkung auf breiter Front verwendet werden könnte? Die Antwort darauf kann unter den obwaltenden Verhältnissen kaum zweifelhaft sein. (K. R.)

„Die Kosten liefen davon"

Der nationalökonomische Theoretiker vermag unschwer den Nachweis zu führen, daß Expansionen über längere Zeit auch ohne allgemeinen Preisauftrieb vor sich gehen können — vor allem dann, wenn er den technischen Fortschritt und den natürlichen Zins mit in seine Ableitung einbezieht. Alle nicht nur rein gewohnheitsmäßig ihrem Tagewerk nachgehenden Wirtschaftssubjekte müssen sich nur einen Vorteil von der Ausweitung ausrechnen oder wenigstens versprechen können. Das kann durch Kostendegressionen der verschiedensten Art hervorgerufen und gesichert werden. In Zeiten, in denen die politischen Kosten (Steuern, Gebühren, Beiträge und Taxpreise) eine große Rolle spielen — für die deutsche Gegenwart lassen sich Beispiele erbringen, wonach den politischen Kosten in der Gesamtkalkulation sowohl auf der Produktions- als auch noch auf der Distributionsstufe ein größeres Gewicht zukommt als den Arbeitskosten — steht es vornehmlich im Belieben des Staates, ob und wo er solchen Kostendegressionen nachhilft.

„Die Expansion wurde mit preissteigernden Mitteln betrieben"

Doch dürfte die Frage in diesem Spätjahr beim Theoretiker nicht an den rechten Mann gerichtet sein. Warum? Wir haben in Westdeutschland jahrelang die Expansion mit preissteigernden Mitteln betrieben, und zwar mindestens in folgenden Bereichen: Grundstoffe, Bauten, Arbeit und öffentliche Lei-

VEREINSBANK IN HAMBURG
ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20–30, TELEFON 341015
21 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

stungen. Nachgeholfen hat die Notenbank, indem sie sehr lange an der Devisenablieferungspflicht gegen Binnengeld festhielt — selbst da, wo zunächst nur Forderungen auf Exporterlöse entstanden waren.

So mußte es zu einer Preisverzerrung kommen. Man kann sie leider nicht exakt messen; denn die Preise von 1938, an denen sich alle Vergleiche orientieren, ergeben keine ideale Ausgangslage. Dafür war der Weg aus der Krise seit 1933 schon zu sehr dirigiert worden. Immerhin liegen im Preisspiegel trotzdem Anhaltspunkte. Stellt man nun einmal die fünf höchsten und die fünf niedrigsten Septemberwerte aus dem Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte (jeweils ergänzt durch die Jahresdurchschnittspreise von 1950 und 1954) gegenüber, so hat man einen Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart:

Die diskrepante Entwicklung der Industriepreise

(1938=100)

Industriezweig	Sept. 1955	Jahresdurchschnitt 1954	Jahresdurchschnitt 1950
Preishöchste Warengruppen:			
Grubenholz	560	417	237
NE-Metalle Hüttenprod.	548	405	364
Zellstoff	375	346	243
Eisen u. Stahl	356	342	199
Weichen	353	339	193
Preisniedrigste Warengruppen:			
Ölmühlen- u. Marg. Ind.	99	109	143
EL. Lampen u. Röhren	99	103	133
El. Strom an Haushaltungen	108	108	91
El. Nachrichtengeräte	117	118	131
Frauen- u. Mädchenbekleid.	135	133	165

Der Auftrieb, der von den Preisen der Vorprodukte ausgeht, mußte eines Tages die Endprodukte erreichen, sei es, daß auch deren Preise zu klettern versuchten, sei es, daß deren Produktion nachließ. Die Preiserwartung der Hersteller von gedrückt kalkulierten Endprodukten mußte die Richtung nach oben oder aus der Branche heraus annehmen.

In dieses Stadium dürfte die westdeutsche Wirtschaft in diesem Jahr gelangt sein, als die Arbeitslosigkeit den Charakter verlor, Schicksal zu sein. Der Preisauftrieb wurde dadurch merkbarer, daß vom Bausektor her nun auch noch eine besondere Spekulation einsetzte. Diese arbeitete wirksam mit den seit dem Westwallbau unvergessenen Aufschlägen und Locklöhnen. Der Preisindex für den Wohnungsbau zum Beispiel kletterte vom Mai 1954 bis zum Mai 1955 um 20 Punkte (auf 247, 1936 = 100) bzw. um 9 % und hat sich bis jetzt noch nicht wieder beruhigt. Die überfüllten öffentlichen Kassen taten ein übriges.

Die Kosten müssen revidiert werden

Nun geschah etwas, woran sich Macchiavelli ergötzt haben würde. In der Sphäre der guten Preise lief eine Spendenaktion an, mit der ein Reklamefeldzug gegen die Erwartungen der Unternehmer mit den schlechten Preisen finanziert wurde, wobei die politische Hand den Spenden einen steuerunschädlichen Charakter zusagte. Das mag für eine Weile dämpfen. Der Druck von den Kosten her bleibt aber und wird sich einen neuen Ausweg suchen, falls nicht die Kosten revidiert werden.

Kosten wegnehmen könnte vor allem die politische Hand — und zwar durch die ganze Breite ihrer Wirksamkeit hindurch. Darüber, wie und wo sie ansetzen sollte, kann man geteilter Meinung sein — ob bei den Einkommensteuern, den Realsteuern, der Umsatzsteuer, den Verbrauchsteuern und Zöllen, den Sozialversicherungs- und anderen Beiträgen, den Gebühren, den Monopolabgaben, den Preisen für die Erzeugnisse und Leistungen der Staats- und Gemeindebetriebe oder schließlich beim Kohlenexport. Wenn man vor allem eine Tiefenwirkung gegen den Preisauftrieb wünscht, dann wäre, unbekümmert um den Vorwurf der Verzettelung, an möglichst vielen Stellen anzusetzen. Wenn man dagegen zunächst ein psychologisch-beispielhaftes Vorgehen vorzieht, dann kann man an wenigen Stellen geballt anfangen. Aber die politische Hand hätte schnell handeln müssen, statt nur zu diagnostizieren — und das Handeln auf die Notenbank abzuschieben.

Die Zentralbankpolitik hat Grenzen

Kein Eingeweihter wird daran zweifeln, daß die Zentralbank alle generellen Preiserwartungen dämpfen kann. Verknappt sie die Refinanzierung, dann setzt ein Druck auf das Preisniveau ein. Aber man darf nicht annehmen, daß dieser Druck auf die kühnsten Preisspekulationen zudrängen wird. Man kann noch nicht einmal erwarten, daß er alle Preise gleichermaßen drückt. Vielmehr besorgen die Menschen, die an den Kreditventilen sitzen, daß sich der Druck die schwachen Stellen für das Auftreffen sucht. In der westdeutschen Situation dieses Herbstes zum Beispiel zählten dazu die Ernährungswirtschaft und die kleineren Unternehmer im Gewerbe, sowie die zuletzt für ihre Investitionshilfe Entschädigten.

Ist das aber die höchste Weisheit der Wirtschaftspolitik? Ökonomischen Abläufen gegenüber unentschlossen und mit der ökonomischen Macht verbündet, die Kleinen zu opfern? Ich möchte an Edith Euckens Vorwort zu den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik" ihres Gatten erinnern: „Es wird von den ordnungspolitischen Weichenstellungen abhängen, ob das Gesamtsystem (erg. der Wirtschaftspolitik) funktionieren kann, oder ob der Alltag der ungezählten Einzelnen, ihr schwerer Existenzkampf noch schwerer gemacht wird." (W. H.)

Gewerkschaftliche Konzeption der Preissenkungsaktion

Die Erhaltung einer Konjunktur braucht nach Auffassung der Gewerkschaften nicht mit einem Preisauftrieb verbunden zu sein. Eine vorsichtige und zielstrebige Politik der Notenbank und die geschickte Handhabung der modernen finanz- und wirtschaftspolitischen Instrumente können mit den Schwierigkeiten fertig werden und eine Stabilität des Geldes erzwingen. Die Bank deutscher Länder hat erfreulicherweise auch zum Ausdruck gebracht, daß die Sicherung der Währung für sie oberstes Gebot ist. Die Gewerkschaften halten insbesondere im Interesse der Arbeitnehmer die Stabilität der Währung für eine dringende Notwendigkeit. Steigende Preise belasten vorwiegend die Arbeitnehmer, die mit ihren Familien rd. 80 % der Ver-

braucherschaft darstellen. Sie sind den Auswirkungen einer schleichenden Geldentwertung am stärksten ausgesetzt, zumal sie in der überwiegenden Mehrzahl nicht zu den Sachwertbesitzern gehören.

Unterschiedliche Expansion

Nicht alle Wirtschaftszweige haben an der Konjunktur gleichmäßig teilgenommen. Die Expansion in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien war größer als in den Verbrauchsgüterindustrien. Die daraus resultierenden Spannungen haben zu einer Verschlechterung des Preisklimas geführt. Besonders kritisch entwickelten sich in dieser Beziehung die Verhältnisse auf dem Bausektor, die zu einem gefährlichen Störungsfaktor für die gesamte Konjunktur werden können. Eine Korrektur der Disproportionalitäten sowie Maßnahmen zur Stabilisierung und Senkung des gesamten Preisniveaus sind notwendig, um die Gefahren für den Bestand der Hochkonjunktur zu beseitigen. Die Preisauftriebstendenzen gehen in den meisten Fällen von den Grund- und Baustoffen und den Investitionsgütern sowie vom Agrarsektor aus. Deshalb wäre eine Preissenkung für Konsumgüter, so wünschenswert sie ist, kein ausreichendes Mittel, zumal in den Konsumgüterindustrien das Preisniveau im allgemeinen stabil geblieben ist. Preissenkungsmaßnahmen müssen sich auf alle Wirtschaftsbereiche erstrecken, und zwar insbesondere auf diejenigen, von denen der Preisauftrieb ausgeht.

Reserven für Preissenkungen

Die volle Ausnutzung der Kapazitäten und die verbesserten technischen Verfahren sowie die zunehmende Produktivität müßten sich in sinkenden Preisen äußern. In der Kostendegression liegen erhebliche Reserven. Aber im Zeichen der Hochkonjunktur haben sich bisher nur wenige Betriebe veranlaßt gesehen, die eingetretenen Kostensenkungen im Preise weiterzugeben. Bei der derzeitigen Wirtschaftslage verstärkt sich darüber hinaus die ohnehin volkswirtschaftlich unerwünschte Finanzierung der Investitionen über den Preis. Die Unsitte, langfristigen Kapitalbedarf über den Preis zu decken, kann nicht oft genug abgelehnt werden. Die Gewerkschaften fordern die Rückkehr zu den klassischen Finanzierungsmethoden.

Niemand wird bestreiten, daß eine Reihe von Industrien zu erheblichen Preissenkungen in der Lage sind. Als Beispiel sei nur auf die Automobil- und die Mineralölindustrie hingewiesen. Aber auch dem Groß- und Einzelhandel dürften Preissenkungen möglich sein. Der Handel hat aber im Gegenteil vielfach die Preiserhöhungen der Vorstufen noch kumulativ weitergegeben. Nicht zuletzt deshalb sind die hohen Handelsspannen wiederholt Gegenstand der Diskussion.

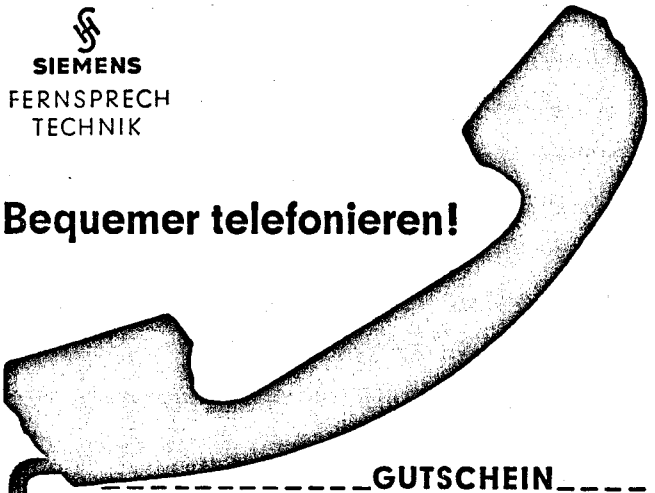
Die öffentliche Hand darf sich selbstverständlich nicht ausschließen. Die Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft, die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden, müssen ebenfalls alle Möglichkeiten für Preissenkungen ausschöpfen. Schließlich haben gerade die Betriebe der öffentlichen Hand die Verpflichtung, ein Preisregulativ gegen Auftriebstendenzen zu sein. Der Bereich der öffentlichen Wirtschaft ist so bedeutend, daß die in verschiedenen Sektoren eingetretenen Spannungen durch koordinierte Maßnahmen hätten vermieden oder zumindest korrigiert werden können. Statt dessen haben z. B. die zusätzlichen Investitionen im Bausektor wie Verwaltungsbauten der öffentlichen Hand oder die Holzpreispolitik der staatlichen Forstwirtschaft noch zur Verschärfung der Lage beigetragen.

Weiter darf nicht übersehen werden, daß ein Kartellgesetz sowohl Preissenkungen als auch dem Schutz des Verbrauchers dienen kann. Außerdem brauchen wir eine wirksame Bestimmung gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen.

Steuer- und zollpolitische Maßnahmen sind ebenfalls geeignet, auf die Preise Einfluß zu nehmen. Zollsenkungen und stärkere Einfuhren sind das wichtigste Mittel, um die Gefahren abzuschirmen, die der Preisentwicklung aus dem übertriebenen Agrarprotektionismus erwachsen. Die stetige Aufwärtsent-

SIEMENS
FERNSPRECH TECHNIK

Bequemer telefonieren!



GUTSCHEIN

für die neue Broschüre „Vom wirtschaftlichen Fernsprechen" mit vielen Tips, die Zeit und Kosten sparen: Fernsprech-Nebenstellen für Ihre Mitarbeiter und Ihre Wohnung - Tag und Nacht erreichbar - Ihre Sekretärin kann Sie noch besser entlasten - Etwas ganz Neues: der Siemens-Namentaster

Bitte ausschneiden und uns einsenden!

SIEMENS & HALSKE AKTIENGESELLSCHAFT
ZWEIGNIEDERLASSUNG HAMBURG · Steinstr. 7 · Ruf 32 10 18

Name _____

Anschrift _____

Fg 1690

wicklung der Lebensmittelpreise ist eine Folge der übersteigerten Schutzmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft. Auch die Aufhebung einer Reihe von Verbrauchsteuern und eine Reform der Umsatzsteuer, durch die ihre kumulativen Auswirkungen beseitigt werden, würden zur Preissenkung beitragen.

Lohnstop kann keine umfassenden Preissenkungen bewirken

Die Gewerkschaften würden Preisherabsetzungen begrüßen, weil sie der beste Weg zur Steigerung der Realeinkommen aller Arbeitnehmer und auch der Rentner wären. Jedoch ist nicht zu erwarten, daß einem Lohnstop umfassende Preissenkungen folgen. Diese Auffassung wird gestützt durch die wenig überzeugenden Erklärungen einzelner Wirtschaftszweige, daß sie zu Preissenkungen nicht in der Lage sind. Der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten ist durch die fortschreitende Rationalisierung und Technisierung laufend gesunken. Es gibt Industriezweige, in denen der Lohnanteil 10 % und weniger beträgt. Nach allen bisherigen Erfahrungen besteht in einer Hochkonjunktur keinerlei Gewähr dafür, daß Kostensenkungen den Verbrauchern tatsächlich zugute kommen. Die Gewinnsteigerungen führten nicht zu Preisherabsetzungen. Unternehmer haben sogar oftmals Lohnerhöhungen zum Anlaß genommen, ihre Preise überproportional zu steigern und hieraus zusätzliche Gewinne zu erzielen.

Die Lohnpolitik kann aber nur im Zusammenhang mit der Frage des berechtigten Anteils der Arbeitnehmer am Wachstum der wirtschaftlichen Leistung gesehen werden. Ein Lohnstop wäre ungerechtfertigt, weil die derzeitige Lohnquote keine optimale ist. Zudem werden auf dem Ernährungssektor, bei den Mieten und Dienstleistungen Preissenkungen als Folge eines Lohnstops nicht eintreten. Der Etat des Arbeitnehmerhaushalts wird aber überwiegend durch Ausgaben für diesen starren Bedarf bestimmt. Er wendet z. B. durchschnittlich allein rd. 45 % seiner Ausgaben für die Ernährung ohne Genußmittel auf.

Die Haltung der Konsumenten

In anderen Ländern ist es für die Verbraucher eine Selbstverständlichkeit, auf steigende Preise, insbesondere bei den Gütern des täglichen Bedarfs, marktgerecht zu reagieren. Der Widerstand der englischen Hausfrauen gegen überhöhte Fleischpreise veranlaßte den Ernährungsminister sogar zum Rücktritt. Die Reaktion der amerikanischen Verbraucher auf die plötzlich gestiegenen Kaffeepreise ist noch in lebhafter Erinnerung. In der Bundesrepublik wehrte man sich als Folge der Zeiten der Rationierung und des Warenhungers in der Nachkriegszeit noch nicht nennenswert gegen Preissteigerungen. In letzter Zeit hat sich hier aber ein Wandel vollzogen. Die Verbraucher sind „erwacht". Das bewiesen kürzlich die Berliner Hausfrauen, als sie gegen die überhöhten Fleischpreise in den Käuferstreik traten, und die Verbraucher vor allem in Nordrhein-Westfalen, als die Erhöhung des Milchpreises gefordert wurde. Die Wirtschaft wird künftig mit einem marktgerechteren Verhalten der Verbraucher rechnen müssen.

Kreditrestriktionen verschärfen die Disproportionalität

Eine generelle Kreditverkürzung und andere restriktive Maßnahmen können die entstandenen Disproportionalitäten in der Wirtschaft noch verstärken. Die leichte Diskonterhöhung der BdL hat die Zinssenkungstendenz unterbrochen und am Kapitalmarkt zu einigen Störungen geführt. Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß eine Anzahl Wirtschaftszweige einen legitimen Kreditbedarf haben, dessen Zurückdrängung im Fluß befindliche Rationalisierungsmaßnahmen stören könnte. Eine stärkere Verknappung der Kredite würde auch dazu führen, daß die erwünschte Finanzierung von Investitionen über den Kapitalmarkt erschwert wird. Aus diesen Erwägungen sind allgemein günstige Auswirkungen auf die Preise nicht zu erwarten. Andererseits muß die Notwendigkeit anerkannt werden, durch punktuelle Maßnahmen einer Überhitzung der Konjunktur in bestimmten Wirtschaftszweigen, wie z. B.

in der Bauwirtschaft, entgegenzutreten. Die Erwägungen der Notenbank sind zu begrüßen, weitere kontraktive Wirkungen u. a. durch Einengung der Refinanzierung herbeizuführen. Eine abermalige Diskonterhöhung mit ihren generellen Auswirkungen würde der derzeitigen Situation nicht gerecht.

Gewerkschaftliche Forderungen

Dem Bundeswirtschaftsminister wurde von Unternehmerseite erklärt, daß er sich selbst durch seine Aufforderung an Industrie und Handel, die Preise zu senken, nicht nach den Regeln der Marktwirtschaft verhalte. Andererseits ist aber allgemein bekannt, daß die Unternehmer in fast allen Wirtschaftszweigen Preisabsprachen vornehmen. Insofern wendet sich also Minister Erhard schon an die richtige Adresse. Nur muß bezweifelt werden, ob ein Appell an die wirtschaftliche Vernunft dazu führen kann, daß die Unternehmer sich künftighin tatsächlich den Wettbewerbsregeln unterwerfen. In psychologischen Einwirkungen allein sehen die Gewerkschaften keinen Fortschritt. Sie erwarten konkrete Maßnahmen:

Weitergabe der Rationalisierungserfolge und Kostendegressionen an die Verbraucher,

Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zur Durchführung von Investitionen, statt Selbstfinanzierung,

Verabschiedung eines wirksamen Kartellgesetzes und Schaffung einer gesetzlichen Grundlage gegen Preistreiberei,

Preisbeeinflussung durch entsprechende Steuer- und Finanzpolitik,

Einbruch in den Agrarprotektionismus durch Zollpolitik und Liberalisierung,

Punktuelle Maßnahmen der Notenbank in solchen Wirtschaftsbereichen, die im Zeichen einer überhitzten Konjunktur stehen. (Hs)

„Vollbeschäftigung bietet wenig Aussicht auf Preissenkung"

Als Idealzustand wird allgemein eine wachsende vollbeschäftigte Wirtschaft angesehen, die möglichst wenig unter Konjunkturschwankungen zu leiden hat. In der Phase der Hochkonjunktur gibt es für die Entwicklung der Preise theoretisch drei Möglichkeiten, und zwar kann das Preisniveau erstens stabil bleiben, zweitens allmählich steigen, drittens stetig fallen. Die bisherigen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß es in Zeiten der Vollbeschäftigung kaum möglich ist, die Preise auf breiter Basis zu senken. Fast alle großen Perioden der kapitalistischen längerfristigen Aufwärtsentwicklung standen im Zeichen leicht ansteigender oder bestenfalls stabiler Preise.

Ein Konjunkturaufschwung wird in der Regel von der Tendenz zu Preissteigerungen begleitet. Die wachsenden Einkommen, die durch die Zunahme der Erzeugung in der Investitionsgüter- und Produktionsgüter-Industrie anfallen, treffen als wirksame Nachfrage auf ein kaum erhöhtes Verbrauchsgüterangebot, da die Verbrauchsgüterindustrie mit der Erweiterung ihrer Kapazitäten nachhinkt. Folgt der Konjunkturaufschwung unmittelbar auf eine Rezession oder Depression, dann werden die Unternehmer in manchen Bereichen als Folge ungenutzter Kapazitäten gezwungen sein, durch Preisherabsetzungen eine volle Ausnutzung ihrer Betriebe herbeizuführen, so daß das Preisniveau insgesamt gesehen eine Zeit hindurch zum mindesten stabil bleiben kann. In diesem Stadium der Konjunktur werden Preissenkungen die Auftriebstendenzen weiter verstärken, so daß auch die bisher unterbeschäftigten Bereiche in die Zone der Mengenkonjunktur gelangen. Im weiteren Verlauf des Konjunkturaufschwungs, insbesondere wenn Engpässe entstehen, werden dann Spannungen im Preisgefüge auftreten, die eine Heraufsetzung der Preise auf manchen Gebieten zur Folge haben. Diese Tendenzen verstärken sich noch im Stadium der Vollbeschäftigung.

In einer Situation, in der die Wirtschaft der Sorge um den Absatz enthoben ist, wird dem Wettbewerb nicht mehr wie bisher die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Hinzu kommen in der Regel kostensteigernde Faktoren, die ihren Ursprung im Produktionsbereich haben. Die Kostendegression in Auswirkung der Mengenkonjunktur wird teilweise oder ganz dadurch aufgezehrt, daß die Beschäftigung der Betriebe über den optimalen Punkt hinaus bis an die Grenze der technischen Kapazität zu wachsenden Abschreibungsquoten und steigenden Lohnkosten führt. Diese Entwicklung hat auch eine Verringerung der Möglichkeiten der Selbstfinanzierung zur Folge. Wenn dann noch der Kapitalmarkt nicht voll leistungsfähig ist, wirkt auch die zunehmende kurzfristige Verschuldung Preissenkungsbestrebungen entgegen.

Die in Zeiten der Vollbeschäftigung festzustellende Tendenz zu Preiserhöhungen braucht jedoch keine umfassende und einheitliche Erscheinung zu sein. Auf einigen Teilgebieten kann der Hang zur Stabilität, auf anderen sogar die Neigung zu Preisherabsetzungen vorherrschen. Aber alle diese Bewegungen waren bisher nicht so stark, daß sie insgesamt gesehen durchzuschlagen vermochten. Da jedoch diese Kräfte auf den Anstieg des allgemeinen Preisniveaus hemmend wirken, ist es von großer Wichtigkeit, sie zu fördern und zu verstärken.

Der Preisauftrieb läßt sich zügeln

Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die geeignet sind, die Bestrebungen zur Stabilisierung und Preissenkung zu unterstützen. Dabei wird es stets auf die jeweiligen Verhältnisse ankommen. Gegenwärtig kämen unter anderem Maßnahmen in Betracht, die in den „überhitzten" Bereichen den Wettbewerb soweit wie möglich wieder herstellen, wie etwa die vollständige Liberalisierung der Einfuhr, Zollsenkungen und die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte. Ferner werden jetzt Verbrauchsteuersenkungen empfohlen, sofern sie sich in vollem Umfang in den Endpreisen niederschlagen. Auf der anderen Seite müßte jedoch die kaufkräftige Nachfrage dadurch wirksam vermindert werden, daß — unter Umständen durch steuerliche Anreize — möglichst viel gespart wird. Denn die Preisentwicklung hängt besonders eng mit dem Gleichgewicht von Sparen und Investieren zusammen. Bleibt die Sparrate hinter der Investitions-

rate zurück, so entsteht ein inflatorischer Überhang, der zu steigenden Preisen führt, und dies um so stärker, als in der Hochkonjunktur ungenutzte Kapazitätsreserven kaum noch vorhanden sind. Schließlich läßt sich das Gleichgewichtsniveau des Volkseinkommens auch durch direkte Einwirkungen auf die Höhe der Staatsausgaben und der Steuern nachhaltig ändern.

Die Höhe des Geldvolumens und der übrigen liquiden Mittel beeinflußt ebenfalls den Umfang der Ersparnisse und Investitionen. Die durch den Konjunkturauftrieb veranlaßte Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens kann die Stabilität des Preisniveaus gefährden. Wenn eine günstige Konjunkturentwicklung nicht durch Kreditrestriktionen beeinträchtigt werden soll, darf dieses Mittel in der Regel erst dann angewendet werden, wenn ein gewisses Produktionsniveau bereits erreicht ist. Gelangen durch die neuen Kapazitäten zusätzliche Gütermengen auf den Markt, ist in den betreffenden Bereichen auch mit einem günstigen Preisklima zu rechnen. Im übrigen wird eine — richtig dosierte — Kreditrestriktion allein noch nicht einen Konjunkturumschwung herbeiführen, sondern lediglich das Tempo der Geldschöpfung bremsen und damit das wirtschaftliche Wachstum abschwächen. Sie hindert auch nicht die durch Ersparnisse finanzierte weitere Expansion und beeinträchtigt auch nicht die zur Aufrechterhaltung des hohen konjunkturellen Niveaus notwendige Geldmenge.

Die Wahl des Zeitpunktes einer Kreditverknappung wird dann besonders problematisch, wenn eine Volkswirtschaft nur partiell vollbeschäftigt ist. In dieser konjunkturellen Phase würde eine restriktive Kreditpolitik auch die geschäftliche Entwicklung derjenigen Wirtschaftszweige, in denen keine konjunkturelle Überbeanspruchung herrscht, nachteilig beeinflussen. Aus diesem Grunde wird oft eine „gezielte" Kreditpolitik gefordert, die sich auf bestimmte Bereiche beschränken soll. Dies käme aber einer Entfremdung der Aufgaben der Notenbank, einer Verlagerung ihrer Verantwortung auf die allgemeine Wirtschaftspolitik gleich. Wenn sich schon währungs- und kreditpolitische Maßnahmen, die einen Eingriff in den marktwirtschaftlichen Ablauf darstellen, nicht vermeiden lassen, so würde eine gezielte Kreditpolitik das marktwirtschaftliche Prinzip noch stärker beeinträchtigen. Wie schädlich staatliche, zum Teil politisch bedingte Eingriffe in den Marktmechanismus sind, zeigen die starken Spannungen in dem zur Zeit größten Engpaß, der Bauindustrie, die hauptsächlich durch die Subventionierung des sozialen Wohnungsbaus ausgelöst worden sind.

Preissenkungen besser als Lohnerhöhungen

Es steht außer Frage, daß Preissenkungen für die gesamte Volkswirtschaft vorteilhafter sind als Lohnerhöhungen. Einmal wird hierdurch die Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten gestärkt und ein gleichmäßiges Wachstum der Wirtschaft gesichert, zumal Preissenkungen auch in den Bereichen, die am Konjunkturaufschwung noch nicht beteiligt waren, über die Mengenkonjunktur zur Vollbeschäftigung führen können. Zum anderen kommen Preissenkungen allen Konsumenten zugute. Die Löhne sind mehr als nur Kosten; sie bilden einen Großteil des Verbrauchereinkommens und wirken daher stark auf die Nachfrage. Von einer allgemeinen Heraufsetzung der Geldlöhne sind recht erhebliche Auswirkungen auf die Preise zu erwarten. Wenn im ganzen gesehen Vollbeschäftigung herrscht, dann sind Lohnaufbesserungen ohne inflationäre Auswirkungen nur soweit möglich, wie die Produktivität zunimmt, es sei denn, der Anteil der Lohnempfänger am Sozialprodukt würde auf Kosten der übrigen Beteiligten vergrößert.

In einer vollbeschäftigten Wirtschaft ist es nicht möglich, etwa durch einen Lohnstop Preissenkungen herbeiführen zu wollen. Der Lohnstop als einseitige nicht marktkonforme Maßnahme würde nur den einen Teil der Sozialpartner hindern, die Verteilung des Sozialprodukts zu seinen Gunsten zu ändern. Ebenso wie für die Gewerkschaften bisher nicht allein der Produktivitätszuwachs, sondern auch der Wunsch nach einem größeren Anteil am Sozialprodukt der Anlaß war, weitere Lohnforderungen zu stellen, dürften andererseits die Unternehmer bei dem durch Vollbeschäftigung und steigende Massenkaufkraft erlahmenden Wettbewerb kaum geneigt sein, Preissenkungen vorzunehmen. Da in der Bundesrepublik Konjunkturlöhne unbekannt sind, die Gewerkschaften vielmehr bemüht sind, ein einmal erreichtes Lohnniveau nicht wieder absinken zu lassen, werden die Unternehmer bestrebt sein, in der Vollbeschäftigung Reserven für etwaige Konjunkturrückschläge zu bilden. Wollte man dennoch durch dirigistische Maßnahmen das Preisniveau stabilisieren, so müßte notwendigerweise dem Lohnstop ein Preisstop gegenüberstehen. Dies aber würde eine Ausschaltung des Marktmechanismus, wenn nicht eine Änderung des gesamten Wirtschaftssystems bedeuten.

Wieweit tatsächlich in der privaten und öffentlichen Wirtschaft Reserven für Preissenkungen bestehen, läßt sich nur schwer beurteilen, zumal starke Unterschiede von Branche zu Branche und von Betrieb zu Betrieb bestehen. Die aus der Kostendegression und dem Produktivitätszuwachs der letzten Jahre resultierenden Reserven der Betriebe dürften zum großen Teil durch Lohnsteigerungen aufgezehrt worden sein. Darüber hinaus sind besonders in letzter Zeit in manchen Fällen Lohnerhöhungen auf die Preise abgewälzt worden. Dieser Tendenz wird in den für die Währungs- und Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stellen mit der Aufforderung zur Preisdisziplin entgegengetreten, um verstärkte kreditpolitische Maßnahmen zu vermeiden, die die konjunkturelle Entwicklung empfindlich stören würden.

Auch der Konsument wird sich seiner Machtstellung immer stärker bewußt. Ein Zeichen hierfür sind die Käuferstreiks, wenn auch deren Wirksamkeit in starkem Maße davon abhängt, inwieweit und wie lange der Verbraucher auf die betreffende Ware verzichten kann und wie es um deren Lagerfähigkeit bestellt ist. Die psychologi-

schen Faktoren zur Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung treten immer stärker in den Vordergrund.

Maßhalten ist erforderlich

Trotz aller Maßnahmen und Appelle dürften die Faktoren, die in der jetzigen Konjunkturphase auf eine Erhöhung des Preisniveaus drängen, im ganzen genommen stärker sein als die, die auf eine Stabilhaltung oder Senkung der Preise hinwirken. Dennoch kommt den Preissenkungsbestrebungen eine große Bedeutung zu, da sie die gegenteiligen Tendenzen abschwächen und eine sonst noch fühlbarer werdende Verschlechterung des Geldwertes verhindern. Dies wird wiederum auf die Kräfte, die Lohnerhöhungen fordern, dämpfend wirken; zumindest wird unter solchen Umständen das Ausmaß der geforderten Lohnheraufsetzungen geringer sein als in dem Fall, in dem nur Preisauftriebstendenzen wirksam wären.

Die bisherigen Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß Unternehmer und Arbeiter zusammenwirken und gemeinsam eine Preis- und Lohnpolitik betreiben müssen, die eine möglichst stabile Wirtschaft bei hoher Beschäftigung zum Ziele hat. Sollte hierbei die Gefahr einer anhaltenden Preissteigerung nicht gebannt werden können, würde als letzte Waffe nur der stärkere Einsatz der Mittel der Notenbank verbleiben. (Gl.)

Geisterspuk

Wenn wir die letzten fünfzig Jahre der Geschichte überblicken, so muß man gutwillig zugeben, daß die „Geister" überfordert worden sind. Wir haben aus jedem historischen Ereignis von einigermaßen Bedeutung einen „Geist" geschaffen. Erinnern wir uns nur an den „Geist von 1914", an den „Geist von Locarno", an den „Geist von München" — sicher hat es auch einen „Geist vom Bückeberg" gegeben —, an den „Geist von Potsdam", an den „Geist von Straßburg", um schließlich — wenigstens vorläufig — beim „Geist von Genf" zu landen. Die Zitierung dieser „Geister" wird temperamentvoll je nach dem ideologischen Wunschtraum mit Forderungen wie „er möge lebendig bleiben!", „er möge nicht tot sein!", „er möge nie wiederkehren!" verbunden. So werden diese „Geister" zu Inkarnationen politischer Träume, die nur allzu leicht die klare Sicht durch einen Schleier trüben: Hoffnungen erwecken, Leidenschaften schüren und Enttäuschungen gebären. Wir sollten diesen Geisterspuk bannen!

Die politischen Erwägungen sind meist sehr real, und die politischen Wege sind immer nüchtern. Die „Geister" können nur dazu dienen, diesen brutalen Realismus zu verbrämen. Ich glaube nicht, daß der viel zitierte „Geist von Genf" sich in seiner Substanz oder seiner Aura in den letzten Wochen irgendwie verändert hat. Im gegenwärtigen Status könnte die von uns so brennend erstrebte Wiedervereinigung für den Osten sehr wohl als ein politischer Verlust und für den Westen als ein politischer Gewinn interpretiert werden. Und nach der Mächteverteilung glauben die Sowjets keine Veranlassung zu haben, einen Verlust in Kauf zu nehmen. Nur das scheint entscheidend. Sittliche und menschliche Erwägungen, die für uns bei dieser Forderung ausschlaggebend sind, treten vor dieser weltpolitischen Alternative zurück. Es gälte die Formel zu finden, Verlust und Gewinn auszugleichen. Das europäische Sicherheitssystem scheint dafür nicht auszureichen. Aber die Kompensation muß ja nicht in Europa liegen.

Es ist von den westlichen Vertretern die Frage aufgeworfen worden, ob die bisherige Verhandlungsführung der Sowjets den Schluß zulasse, daß sie der Wiedervereinigung überhaupt nur unter e i n e r Bedingung, nämlich der Bolschewisierung ganz Deutschlands, zustimmen würden. Es ist für uns gefährlich, diese Formel als Genfer Schlußergebnis zu proklamieren. Die Sowjets haben diese rhetorische Frage nicht beantwortet. Diese Nichtbeantwortung als stilles Eingeständnis auszulegen, dürfte weder dem politischen Realismus der Sowjets noch ihrer dialektischen Interpretation der historischen Situation gerecht werden. Selbst wenn die Sowjets auch heute noch ideologisch von der Zwangsläufigkeit der kommunistischen Weltherrschaft überzeugt sind, so wissen sie sehr wohl, daß eine Ausweitung des kommunistischen Systems nach Westeuropa jeder politischen Realität widerspricht. (sk)

Dr. George Abrahamson, London:

Krise der britischen Konjunkturpolitik

Das Herbstbudget des britischen Schatzkanzlers hat eine schlechte Presse gehabt. In der Öffentlichkeit hat die Ankündigung erhöhter Steuern und reduzierter Mietzuschüsse begreiflicherweise wenig Freude erweckt, und im Parlament wurde die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung ungewöhnlich scharfer Kritik unterzogen. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die die jüngsten Schwierigkeiten als Wiederkehr der von 1947 bis 1951 regelmäßig alle zwei Jahre erlebten „Währungskrisen" deuten. Die parteipolitischen Differenzen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch immer ein weites Maß von Übereinstimmung über Ziel und Methodik der britischen Konjunkturpolitik besteht. Ihr Ziel ist die höchste bei voller Beschäftigung aller verfügbaren Arbeitskräfte erreichbare Erzeugung, und wenn der bewußte Verzicht auf Produktions- und Arbeitsreserven (zur Zeit gibt es zwei unbesetzte Arbeitsplätze für jeden registrierten Arbeitslosen) ein hohes Maß von Flexibilität in der Wirtschaftsführung bedingt, so zieht man die daraus folgenden Risiken der — in Schatzkanzler Butlers Worten — defaitistischen, restriktionistischen und deflationistischen Auffassung vor, daß ein gewisser Spielraum zu allen Zeiten wünschenswert sei. Daß Vollbeschäftigung ein gewisses Maß von inflationärem Überdruck mit sich bringt, wird als unvermeidlich akzeptiert, ja sogar als Mittel zur Überführung von Arbeitskräften in wichtigere Wirtschaftszweige genutzt.

Niedrige Valuta-Reserven

Es ist charakteristisch für die Besonderheit der britischen Wirtschaft, daß sich die Notwendigkeit von Korrekturen zuerst in Schwankungen der Gold- und Dollarreserven anzeigt. Seitdem Großbritannien im Laufe des Krieges von einem Gläubiger- zu einem Schuldnerland geworden ist, sind diese Reserven völlig unzulänglich. Sie dienen bekanntlich als Valutafonds für den gesamten Sterlingraum. Kapitalbewegungen und